

## KURZMELDUNGEN

Laufzeit von  
Atomkraftwerken

**BERN** | Der Ständerat will die Laufzeit von Atomkraftwerken nicht beschränken. Auch will er die AKW-Betreiber nicht dazu verpflichten, ab 40 Jahren ein Langzeitbetriebskonzept vorzulegen. Das hat er am Mittwoch bei den Beratungen zur Energiestrategie beschlossen. Nach dem Willen des Ständerates soll alles beim Alten bleiben: Atomkraftwerke sollen so lange laufen, wie die Aufsichtsbehörde ENSI sie als sicher einstuft. Der Nationalrat hatte sich dafür ausgesprochen, die Laufzeit der ältesten AKW auf 60 Jahre zu beschränken. | sda

## Arbeit auf Abruf

**BERN** | Der Nationalrat will keine gesetzlichen Mindestanforderungen für Arbeit auf Abruf schaffen. Er hat am Mittwoch eine parlamentarische Initiative von Marina Carobbio Guscetti (SP/TI) mit 106 zu 54 Stimmen abgelehnt. Damit ist diese vom Tisch. In der Schweiz arbeiten heute rund 220 000 Arbeitnehmende auf Abruf, rund 60 Prozent davon sind Frauen. | sda

Protestnoten  
gegen NFA

**LUZERN** | Nach Schaffhausen und Zug haben am Mittwoch auch Schwyz und Nidwalden das Kantonsreferendum gegen das von den eidgenössischen Räten beschlossene Regime für den Nationalen Finanzausgleich (NFA) beschlossen. Mehr als ein Protestzeichen sind die Beschlüsse aber nicht. Der Kantonsrat Schwyz beschloss das Kantonsreferendum mit 63 zu 27 Stimmen, der Landrat Nidwalden mit 46 zu 8 Stimmen. Während in Nidwalden nur die Linke für ein Nein votierte, war es in Schwyz auch die Mehrheit der CVP. Beide Parlamente waren sich bewusst, dass mit den Beschlüssen keine Volksabstimmung über den Bundesbeschluss, der den Ressourcen ausgleich für 2016 bis 2019 regelt, erzwungen wird. | sda

Wildhüter von  
Zug erfasst

**RIEDHOLZ** | Ein Wildhüter ist am frühen Mittwochmorgen im solothurnischen Riedholz von einem Zug der Aare Seeland mobil AG erfasst und tödlich verletzt worden. Der Mann hielt sich auf der Suche nach einem angefahrenen Wildtier im Gleisbereich auf. | sda

Verkaufspreis  
von 120 Mio.

**ZÜRICH** | Kuoni hat aus dem Verkauf seines europäischen Reiseveranstaltergeschäfts an den deutschen Rewe-Konzern einen Verkaufspreis von rund 120 Millionen Franken erzielt. «Die 120 Millionen sind annähernd richtig geschätzt», sagte Kuoni-Chef Peter Meier. Angesichts der Umstände, des stärkeren Frankens und der tieferen Profitabilität von Kuoni Schweiz sei das ein sehr guter Preis. «Denn wir haben uns mit dem Käufer abschliessend geeinigt, Rewe hat alle Garantien und Verpflichtungen mit übernommen. | sda

## Bern | Ständerat will Import von Kohlestrom nicht verteuern

## «Dreckstromabgabe» abgelehnt

**Der Import von Kohlestrom soll nicht teurer werden. Bei den Beratungen zur Energiestrategie hat es der Ständerat am Mittwoch abgelehnt, eine Abgabe auf Strom zu erheben, der nicht aus nachweislich CO<sub>2</sub>-freier Produktion stammt.**

Der Entscheid fiel mit 27 zu 16 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Die vorberatende Kommission hatte sich für eine sogenannte Dreckstromabgabe ausgesprochen. Damit habe sie ein Zeichen setzen wollen für Strom aus inländischer Produktion, namentlich der Wasserkraft, sagte Sprecher Ivo Bischofberger (CVP/AI).

Allerdings habe die Kommission zu wenig Zeit gehabt für eine eingehende Prüfung, räumte er ein. Dies könne nachgeholt werden, wenn der Ständerat Ja stimme und damit eine Differenz zum Nationalrat schaffe.

Für die Abgabe machte sich Pascale Bruderer (SP/AG) stark. Eine solche Abgabe sei die beste Art, die einheimische Wasserkraft zu stützen, argumentierte sie. Den Gegnern warf sie Widersprüchlichkeit vor. Einerseits behaupteten sie, die Abgabe hätte keine Wirkung, und andererseits warnten sie vor den negativen Auswirkungen auf die Industrie. René Imoberdorf (CVP/VS) wiederum stellte fest, er habe sich in der Kommission für die Dreckstromabgabe ausgespro-

chen. Nachdem der Rat am Vortrag aber Massnahmen zur Unterstützung der Wasserkraft beschlossen habe, werde er dagegen stimmen.

## Belastung der Industrie

Die Gegnerinnen und Gegner stellten infrage, ob eine solche Abgabe verfassungskonform wäre und den WTO-Verpflichtungen entspräche. Ausserdem sei der Herkunftsnachweis technisch nicht möglich, hiess es. Viele warnten darüber hinaus vor den Auswirkungen auf die Industrie. Pirmin Bischof (CVP/SO) sprach von einer neuen Industrieabgabe. Die Abgabe richte sich gegen die Schweizerische Basisindustrie, gegen die Stahl-, Papier-, Glas- und Zementindustrie. Es gehe um viele Arbeitsplätze.

Vorschlag  
inkonsequent

Energieministerin Doris Leuthard stellte fest, das Motiv der Kommission sei nicht die Klimapolitik gewesen, sondern die Unterstützung der Wasserkraft. Ginge es um Klimapolitik, müssten alle fossilen Energien mit einer Abgabe belastet werden, also auch der Treibstoff, was das Parlament bisher immer abgelehnt habe.

Der Herkunftsnachweis wäre laut Leuthard zwar möglich, aber ein «Bürokratiemonster». Ausserdem wäre die Abgabe wirkungslos, da es billiger wäre, im Ausland – etwa in Norwegen – Öko-Herkunftsnachweise zu kaufen.



**Energiestrategie 2050.** Die Walliser Ständeräte Jean-René Fournier und René Imoberdorf (rechts) bei der Debatte um die Energiestrategie 2050.

FOTO KEYSTONE

Bundesrat kann  
CO<sub>2</sub>-Abgabe erhöhen

Bei der CO<sub>2</sub>-Abgabe ist der Ständerat dem Nationalrat gefolgt: Die Abgabe soll vorerst nicht erhöht werden. Der Bundesrat behält jedoch die Kompetenz, die Abgabe zu erhöhen, falls die Zwischenziele zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstosses nicht erreicht werden. Heute beträgt die CO<sub>2</sub>-Abgabe 60 Franken pro Tonne oder 16 Rappen pro Liter Heizöl. Der Bundesrat hat die Kompetenz, die Abgabe auf höchstens 120 Franken zu erhöhen, falls die Zwischenziele nicht erreicht werden. Er bean-

tragte dennoch, einen höheren Wert im Gesetz zu verankern: Die CO<sub>2</sub>-Abgabe sollte auf 84 Franken pro Tonne CO<sub>2</sub> erhöht werden. Damit wollte der Bundesrat die Lenkungswirkung der Abgabe verstärken. Davon wollten National- und Ständerat aber nichts wissen. Eine Minderheit beantragte in der kleinen Kammer gar, den heutigen Satz von 60 Franken im Gesetz zu verankern. Dafür fand sich aber keine Mehrheit.

Umweltfreundlichere  
Autos

Ja sagte der Ständerat ferner zu

umweltfreundlicheren Autos. Er ist dem Bundesrat gefolgt und hat die Vorgaben für Autoimporteure verschärft: Neu zugelassene Autos sollen im Durchschnitt weniger CO<sub>2</sub> ausstossen. «CO<sub>2</sub>-Schleudern» dürfen damit teurer werden.

Bis Ende 2020 sollen die CO-Emissionen von Personewagen, die erstmals in Verkehr gesetzt werden, auf durchschnittlich 95 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilometer gesenkt werden. Zudem sollen neu auch für Lieferwagen und leichte Sattelschlepper solche Grenzwerte festgelegt werden. | sda

## Bern | Bedingungsloses Grundeinkommen fällt im Nationalrat durch

## Nur brandgefährlich

**Für den abtretenden Zürcher SP-Nationalrat Andreas Gross ist das bedingungslose Grundeinkommen eine Utopie, aber keine Illusion. In den Augen der meisten anderen Ratsmitglieder ist die Initiative, die ein solches fordert, einfach nur brandgefährlich.**

Bei der Diskussion über das Volksbegehren wurde darum nicht mit markigen Worten gespart. SVP-Sprecher Sebastian Frehner (BS) sprach am Mittwoch von der gefährlichsten und schädlichsten Initiative aller Zeiten. «Die Annahme wäre das Ende der heutigen Schweiz.» Frehner ist überzeugt, dass es keine Eigenverantwortung mehr gäbe, wenn jede und jeder unabhängig von einer Erwerbstätigkeit, von Alter, Vermögen oder Gesundheitszustand ein Grundeinkommen bekäme.

Zu dessen Höhe äussert sich der Verfassungstext nicht. Die Initianten schlagen 2500 Franken pro Monat für Erwachsene und 625 Franken für jedes Kind vor. Geschätzte Kosten: 208 Milliarden Franken, die in erster Linie über zusätzliche Steuern finanziert werden müssten. Dafür soll der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglicht werden.

## Ende der Angst

Übergeordnetes Ziel der Initiative ist es, den Zusammenhang von Arbeit und Einkommen aufzulösen. Dadurch würden die Grundlagen der Gesellschaft geändert, erklärte Gross: Die Initiative befreie die Arbeit von Zwang, weil niemand mehr Angst um seine Existenz haben müsse. Die Folgen wären Chancen-

gleichheit und mehr Demokratie. Für Cédric Wermuth (SP/AG) ist diese Angst die Grundlage des Kapitalismus, weil sie die effiziente Ausbeutung der Menschen ermöglicht.

Die beiden blieben auch bei der Linken in der Minderheit: SP und Grünen lehnten die Initiative mehrheitlich ab. Einzig Silvia Schenker (SP/BS) stellte den Antrag, dem Begehren zuzustimmen. Der Arbeitsmarkt könne gar nicht alle Menschen aufnehmen, argumentierte sie. Die Initiative könne eine Antwort auf die Frage sein, wie man mit dem umgehen solle.

## Das Udenkbare denken

Die Politik dürfe nicht nur die Kunst des Möglichen sein, sagte Balthasar Glättli (Grüne/ZH). Sie müsse aber auch die Kunst sein, das Udenkbare denkbar und das Denkbare möglich zu machen. Die Initiative lehnte er aber als «gigantisches Subventionsprojekt für die Wirtschaft» ab. Andere Linke sorgten sich um die Sozialversicherungen, weil deren Verhältnis zum Grundeinkommen ungeklärt ist. Diese seien nicht perfekt, aber immerhin hätten sie sich bewährt, sagte Jean-Christophe Schwaab (SP/VD). Er glaube noch immer an die Überwindung des Kapitalismus, aber nicht mithilfe dieser Initiative.

## «Entsicherte Handgranate»

FDP-Sprecher Daniel Stolz (FDP/BS) bezeichnete die Initiative als «intellektuell anregend». Gleichzeitig sei sie wie eine «entsicherte Handgranate, die das ganze System in Stücke zu reissen droht». Sein Ausserrhoder Parteikollege Andrea Caroni sprach von einem «Sprengsatz im Herzen unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft».



**Grundeinkommen.** Andreas Gross (SP/ZH) bezeichnet ein bedingungsloses Grundeinkommen als Utopie, aber nicht als Illusion.

FOTO KEYSTONE

CVP-Sprecherin Ruth Humbel (AG) sieht in der Initiative ein «sozialromantisches Experiment», das zerstörerisch sei für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Initiative verkenne den Wert der Erwerbsarbeit, die wichtige psychische Bedürfnisse wie das Selbstwertgefühl oder die soziale Integration abdecke.

Linke Sprecher konterten, dass viele Menschen sehr wohl hart arbeiteten, ohne dafür genug zum Leben zu bekommen, während andere mit einem Tastendruck Millionen verdienen. Sie wiesen

auch auf den tiefen Stellenwert von Haus- und Familienarbeit, von freiwilligem Engagement oder unqualifizierter Arbeit hin. Woher genau das Geld für die Initiative käme, wie die Initiative im Detail umgesetzt würde oder wie mit den erwarteten Migrationsströmen umzugehen sei, blieb vorerst offen. Der Nationalrat folgte dem Antrag des Bundesrats und seiner Kommission und lehnte die Initiative mit 146 zu 14 Stimmen ab. Die Ja-Stimmen sowie 12 Enthaltungen stammten von SP und Grünen. | sda